

Warschau will Rechtssicherheit

Warschau. Angesichts der Rückgabeforderungen von 22 »Vertriebenen« vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte strebt die Regierung in Warschau größere Rechtssicherheit an. Warschau wünsche eine »deutsch-polnische Regierungserklärung«, in der festgeschrieben werde, daß »die Forderungen der Deutschen hinsichtlich der Güter auf polnischem Gebiet weder im Völkerrecht noch im deutschen Recht eine Grundlage haben«, sagte Außenministerin Anna Fotyga der Zeitschrift Wprost, die Auszüge des Interviews am Sonntag auf ihrer Website veröffentlichte. (AFP/jW)
<https://www.jungewelt.de/artikel/88683.warschau-will-rechtssicherheit.html>